

ROSA LUXEMBURG UND DER ALLGEMEINE JÜDISCHE ARBEITERBUND IN LITAUEN, POLEN UND RUSSLAND

EINIGE HINTERGRÜNDE VON HOLGER POLITT

Von Anfang an war Polens Arbeiterbewegung im russischen Teil tief gespalten, als sie sich in den 1890er Jahren politisch zu formieren begann. Im Ausland wurden 1892 die Polnische Sozialistische Partei (PPS) und 1893 mit entscheidender Initiative von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches die Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP) gegründet. Beide Parteien bestimmten bis zum Ersten Weltkrieg große Teile der Arbeiterbewegung im sogenannten Königreich Polen, dem industriell fortgeschrittensten Teil des Russischen Reiches. Und beide suchten und fanden Unterstützung in der II. Internationale. Der programmatische Unterschied indes war unversöhnlich, zielten doch beide auf die politische Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung ihres Landes.

Während die SDKP konsequent auf ein möglichst enges Zusammenwirken mit der Arbeiterbewegung im eigentlichen Russland zielte, deren politischer Formierungsprozess allerdings erst ab 1898 erste Fortschritte machte, zielte die PPS traditionell auf den Zusammenhang des Kampfes für Sozialismus und des Kampfes für die polnische Unabhängigkeit, bevorzugte in ihren innerrussischen Kontakte auch deshalb eher Bewegungen mit separatistischen Absichten. Dabei berief die Partei sich ausdrücklich auf Marx und Engels.

Die wohl treueste polnische Marxschülerin Rosa Luxemburg kam zu einem anderen Schluss, brach in vielem mit den Ansichten ihrer Meister. Sie hielt die polnische Unabhängigkeit nicht mehr für den entscheidenden Stoß, um das zaristische Regime, lange Zeit der Hort der politischen Reaktion auf dem Kontinent, ins Wanken zu bringen. Diesen Stoß, so die unverzichtbare Überzeugung in der SDKP, werde die schnell wachsende Arbeiterbewegung im Russischen Reich vollführen. Den ökonomischen Grundlagen dafür spürte Rosa Luxemburg in ihrer Dissertation nach (1898), die Arbeiterbewegung im Königreich Polen unter sozialdemokratischer Führung zu bringen, war entscheidendes politisches Ziel.

EIN DRITTER IM BUNDE

1897 wurde in Vilnius, der Heimatstadt von Leo Jogiches, eine weitere Arbeiterpartei gegründet, die territorial in die Gefilde von PPS und SDKP eindrang: der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (kurz: Bund). Denn das Königreich Polen war ein Hauptsiedlungsgebiet der Juden im Russischen Reich, sie hatten hier einen Bevölkerungsanteil von knapp 10 Prozent, in den schnell wachsenden Industriestädten von 30 bis 50 Prozent. Warschau hatte um 1900 mit 200.000 jüdischen Menschen Wien bereits von der Position der weltweit größten jüdischen Gemeinde verdrängt. Der Bund hatte den Anspruch, das jüdische Proletariat zu vertreten in den traditionellen jüdischen Siedlungsgebieten im Russischen Reich. Er verstand sich wie die SDKP sozialdemokratisch und suchte wie PPS und SDKP die Unterstützung der II. Internationale.

Nachdem die SDKP-Strukturen im Königreich Polen durch Schläge der zaristischen Geheimpolizei 1898 fast weitgehend zerschlagen werden konnten, war ein Neuaufbau der Landesstrukturen notwendig geworden. Diese erfolgte im Starken Maße über neue Strukturen in Vilnius und in Białystok, das damals historisch zu Litauen gezählt wurde. Deshalb erweiterte die Partei nun ihren Namen in Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL), womit ein zusätzlicher territorialer Reibungspunkt mit dem Bund gegeben war.

Im Kampf um die Hegemonie in der Arbeiterbewegung Polens zielte insbesondere die SDKP von Anfang an stärker auf die Einbeziehung jüdischer Proletarier. Sie rechnete hier mit entscheidenden Vorteilen, da sie ja auf die Forderung nach Gründung eines polnischen Staates ausdrücklich verzichtete. In seinem agitatorischen Text „Neue Genossen“ hatte Leo Jogiches 1894 in der von Rosa Luxemburg redigierten „Sprawa Robotnicza“ (Arbeitersache) jüdische Arbeiter aufgerufen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Er nutzte geschickt die beginnenden innerjüdischen Auseinandersetzungen mit dem Zionismus aus, in dem er

die Vorstellungen der PPS von der polnischen Unabhängigkeit mit den Vorstellungen eines jüdischen Palästinas ins Gleichnis setzte und beides scharf zurückwies. In Polens Arbeiterbewegung suchten die Sozialpatrioten (also die PPS) Fuß zu fassen, die jüdischen Arbeiter müssten aufpassen, dass sich unter ihnen keine Sozialpalästinenser (also sozialistische Zionisten) breit machten. Er machte indes die Rechnung ohne den Wirt, denn die Gründung des konsequent antizionistischen Bundes durchkreuzte die Absicht.

Trotz der manifesten Vorstellung in der SDKPiL, dass die Arbeiterbewegung in einem Landesteil – also hier im Königreich Polen – durch eine politische Partei sozialdemokratisch geführt werden müsse, unabhängig übrigens von allen ethnische oder nationalen Zugehörigkeiten, blieb das Verhältnis zum Bund aber zunächst entspannt, weil erstens die Konkurrentin PPS aus schnell nachvollziehbaren Gründen in der nationalen Frage ein auffallend differenzierteres Verhältnis zum Bund an den Tag legte, weil zweitens mit der beginnenden Heraus-bildung einer sozialdemokratischen Partei auf gesamtrussischer Ebene der Konfliktstoff zwischen SDKP und Bund zunächst noch entschärft wurde. So oder so – Rosa Luxemburg und Genossen sahen sich mit ihrer Partei gegenüber dem neugegründeten Bund als die letztlich überlegene, als die eigentliche sozialdemokratische Partei im Königreich Polen an.

BEZÜGE AUF DIE GESAMTRUSSISCHE SOZIALDEMOKRATIE

Bereits 1898 wurde eine Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAPR) gegründet, der sich auch der Bund als Mitglied anschloss. Allerdings blieb die russische Partei bis 1903 eher ein loser Zusammenschluss einzelner, sich sozialdemokratisch verstehenden Strukturen oder Initiativen im Riesenreich sowie von Auslandsstrukturen. Als dann im Sommer 1903 Versuche unternommen wurden, die SDAPR-Strukturen organisatorisch zu straffen und programmatisch auszurichten, brach die Partei schnell in zwei große Flügel auseinander – in Menschewiki und Bolschewiki. Auch wenn dieser Flügelstreit weitgehend auf den russischen Teil eingegrenzt blieb, waren die Auswirkungen für die anderen zum Teil beträchtlich. So auch für Bund und SDKPiL, deren gegenseitiges Verhältnis von nun an stärker durch die innerrussischen Konflikte in der SDAPR geprägt wurden.

Die SDKPiL wollte im Sommer 1903 der SDAPR als Mitglied beitreten. Von den Beitrittsbedingungen sei hier nur erwähnt: Die SDKPiL verlangte, dass alle im Königreich Polen tätigen Organisationen, die der SDAPR beitreten wollten, zunächst Mitglied der SDKPiL werden müssten. Als einzige Ausnahme wurde der Bund akzeptiert, der ja ohnehin bereits Mitglied war. Dieser Passus richtete sich in erster Linie gegen die PPS, die insbesondere über Kontakte zur Menschewiki stärker Einfluss auf Positionen in der SDAPR zu gewinnen suchte. Auch wenn aus anderen Gründen die SDKPiL erst 1906, also während der Revolution, der gesamtrussischen Partei beitrug, blieb diese Forderung eine entscheidende Beitrittsbedingung der SDKPiL. In diesem Zusammenhang sollte angefügt werden, dass die SDKPiL in offiziellen Dokumenten immer nur den Bund als eine Bruderorganisation auf dem Territorium des Königreichs Polen bezeichnete. Es blieb aber dabei, dass man sich selbst immer als die überlegene, die eigentliche sozialdemokratische Kraft verstand.

REVOLUTION UND NACHREVOLUTION

Der Ausbruch der Revolution im Russischen Reich im Januar 1905 war von Rosa Luxemburg lange vorhergesehen worden. Sie verstand diese Revolution, deren herausragendes Zentrum neben St. Petersburg und Moskau das Königreich Polen gewesen war, als eine Arbeiterrevolution, mit der zugleich das letzte Kapitel der europäischen bürgerlichen Revolutionen seit 1789 aufgeschlagen werde. Da sie prinzipiell die politische Führung des kämpfenden Proletariats bei der Sozialdemokratie sah, hatte das auch Konsequenzen für das Verhältnis zum Bund. Ausdruck dessen war eine gemeinsame Beratung der Parteivorstände von SDKPiL und Bund im Juli 1905, bei der es vor allem um Absprachen in Organisationsfragen und bei Nationalitätenfragen gehen sollte. Die Beratung scheiterte, weil auf Seiten der SDKPiL (!) in wichtigen Grundfragen keine Einigkeit erreicht werden konnte. Zu den Vertretern der SDKPiL bei den Beratungen gehörte Jogiches, der sicher in Absprache mit Rosa Luxemburg Positionen vertrat, die eine weitmögliche sozialdemokratische Arbeitereinheit im Königreich Polen befördern oder wenigstens nicht behindern sollten. So schluckte er selbst die Kröte mit dem Nationalitätenprinzip, denn der Bund wollte ein Existenzrecht für Organisationen in der SDAPR festschreiben, wenn sie sozialdemokratische Arbeit unter dem Proletariat einer bestimmten Nationalität durchführe. Die SDKPiL ließ sich aber strikt vom Territorialprinzip leiten, unabhängig von den einzelnen Nationalitäten, die darin wohnen. Übrigens führte Rosa Luxemburg 1908/09 in der Arbeit „Nationalitätenfrage und Autonomie“ diese Frage tiefer aus.

Nach dem Scheitern der Revolution trat Rosa Luxemburg auf dem SDAPR-Parteitag von 1907 noch einmal

öffentlich mit einer Stellungnahme zum Bund auf. Dabei spielten bereits die Positionen gegenüber Menschewiki und Bolschewiki eine entscheidende Rolle. Sie warf der Bund-Führung vor, die politische Weisheit auf eine einzige These gestellt zu haben, nämlich die guten Seiten einer jeden Situation auszunutzen zu wollen, ohne von irgendwelchen festen und bestimmten Prinzipien auszugehen. Übertragen auf den weiten Ozean der russischen Revolution führe das aber zu äußerst jämmerlichen Ergebnissen, zu einer Politik „von Fall zu Fall“ oder, wie Rosa Luxemburg scharf zuspitzte: von einem Fallen zum anderen. Im Grunde warf sie den Bundisten vor, unsichere Kantonisten der Arbeiterrevolution gewesen zu sein, also keine authentische sozialdemokratische Politik vertreten zu haben. Man nannte das da-mals Opportunismus.

Später verlieren sich die Spuren, auch deshalb, weil sich die Umstände rasch änderten. Die SDKPiL verließ wie der Bund wegen der anhaltenden scharfen Fraktionskämpfe 1911 und mit dem Einverständnis Rosa Luxemburgs die SDAPR. Ab 1912 verfiel die Partei aber selbst in hartnäckige Fraktionskämpfe, die die Wirksamkeit der Partei bis weit in den Erste Weltkrieg hinein lähmten. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches zogen sich immer mehr von der Parteiarbeit zurück. Die ewige Konkurrentin PPS spaltete sich unter der Wucht der revolutionären Ereignisse 1906, der größere Teil suchte als PPS-Linke Annäherung an die sozialdemokratische Struktur – also an SDAPR, SDKPiL und Bund, und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPiL zur Kommunistischen Arbeiterpartei Polens (KPRP, später nur KPP), der sich dann auch Teile des Bundes anschlossen. Der andere, viel kleinere Teil der PPS behielt seine programmatischen Positionen mit der Orientierung auf die Unabhängigkeit Polens auch nach Ausbruch der Revolution bei, wurde zeitweise organisatorisch zersprengt, stand allerdings Ende 1918/Anfang 1919 wie Phönix aus der Asche auf, auch weil die an Zahl starken galizischen Sozialisten dazukamen. Die Beziehungen zwischen PPS, KPP und Bund in der Ende 1918 neugegründeten Republik Polen sind bereits ein Kapitel ohne Rosa Luxemburg.

Das Warschauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter Leitung von Joanna Gwiazdecka unterstützte 2012 in Warschau die Durchführung einer [internationalen Konferenz zum Jüdischen Arbeiterbund](#) («Beyond internal paradigmas. New perspectives on the history of the Jewish Labor Bund») sowie eine bemerkenswerte öffentliche Ausstellung zur Geschichte des Jüdischen Arbeiterbundes in Polen. Im Mai 2013 wird das Warschauer Büro eine Ausstellung mitorganisieren, die sich aus Anlass des 70. Jahrestags des Aufstands im Warschauer Ghetto mit dem Widerstandskampf der Bundisten im Ghetto befassen wird.

Kontakt zu dem RLS-Büro in Warschau: <http://www.rls.pl>